



Gerold Reichenbach, MdB

Ausgabe 02/2017

© Corinna van den Brink

Sigmar Gabriel Verzicht in Würden und Ehren

Sigmar Gabriel hat sich entschieden – gegen die Kanzlerkandidatur und für das Amt des Außenministers. „Damit haben die Jungs und Mädels von den Medien nicht gerechnet, sagte Sigmar Gabriel am Dienstagnachmittag, als er sich vor der versammelten Fraktion erklärt. Es war eine denkwürdige, ja historische Sitzung.

Keiner hat sich in der jüngeren Vergangenheit um die SPD so verdient gemacht wie Sigmar Gabriel. Nach der verlorenen Bundestagswahl 2009 gab er der Partei ihr Selbstbewusstsein zurück; 2013 führte er sie mit Umsicht und Disziplin wieder in die Regierung. All die Jahre hat Sigmar Gabriel seine Person hinter das Wohl des Landes und der SPD gestellt; er hat es sich nie einfach gemacht und auch diese letzte Entscheidung als Parteivorsitzender reiflich

Kontakt:

Gerold Reichenbach, MdB
Bundestag

Paul-Löbe-Haus, Zi 7.544
11011 Berlin

Tel. +49 30 227 72150

Fax: +49 30 227 76156

Mail:

gerold.reichenbach@bundestag.de

Homepage:

<http://www.gerold-reichenbach.de>

Redaktion:

Carolin Lühe

V.i.S.d.P.:

Gerold Reichenbach, MdB

Mit Martin Schulz die Kanzlerschaft im Blick

Alle Augen auf Schulz Einen Tag nach dem überraschenden Rückzug von Sigmar Gabriel hat der designierte SPD-Kanzlerkandidat und Parteivorsitzende Martin Schulz am Mittwochmorgen die Fraktion besucht – Die Abgeordneten begrüßten ihn mit minutenlangem Applaus.

„Ich mache mit Euch Wahlkampf, auf Knien, sitzend, stehend, zu Wasser, zu Fuß, in der Luft. Ich will Euer Kanzler werden!“ – mit einer selbstbewussten, mutig-kämpferischen Rede hat Martin Schulz die Fraktion auf die kommenden Monate eingeschworen und den Führungsanspruch der SPD unterstrichen „Dieses Land braucht in diesen schwierigen Zeiten eine neue Führung“.

Eines machen wir mit Martin Schulz Kandidatur für das Amt des deutschen Bundeskanzlers überzeugend klar Wir dokumentieren unseren Willen für einen echten Neubeginn – in Deutschland und in Europa. Uns geht es nicht um Posten und Pöstchen. Uns geht es darum, dem Gefühl der „Alternativlosigkeit“ überzeugend entgegenzutreten. Denn nur mit einer Politik der klaren Alternativen kann Populismus, Hass und Hetze wirkungsvoll begegnet werden. Die SPD als Bollwerk der Demokratie, als Kraft, die Europa zusammenhält und gegen den Populismus verteidigt – das ist Martin Schulz Leitbild.

Schulz, der kein Abitur hat, ist der Inbegriff einer echten Aufstiegsgeschichte. Seine Biografie zeigt, dass sozialer Aufstieg durch Leistung in dieser Gesellschaft möglich ist. Ob als Bürgermeister von Würselen, als Europaabgeordneter oder als Präsident des Europäischen Parlaments Stets hat er sich bemüht, den Alltagsorgen der Menschen, jener hart arbeitenden Menschen, die sich an die Regeln der Demokratie halten, gerecht zu werden. In seinem Leben hat er immer wieder bewiesen Er kann Brücken bauen. Er kann zusammenführen. Das ist genau das, was unser Land jetzt braucht.

Martin Schulz weiß, dass wirtschaftliche Stärke und soziale Gerechtigkeit keine Gegensätze sind, sondern einander bedingen. Er weiß, dass gerechte Gesellschaften leistungsfähiger, kreativer, wirtschaftlich erfolgreicher und demokratisch geschlossener sind. In der Großen Koalition konnten wir dahingehend vieles bewegen – nun aber haben sich die Gemeinsamkeiten erschöpft.

Nach der Wahl brauchen wir einen Neustart, der über die Große Koalition hinausführt Für ein gerechteres Deutschland, das mit CDU/CSU nicht zu erreichen ist. Martin Schulz ist unser Angebot an die Wählerinnen in Wähler in Deutschland, den Status quo zum Besseren zu verändern.

überlegt und lange abgewogen.

Gabriel verzichtet nicht aus Ängstlichkeit oder Schwäche, sondern weil er hofft, der SPD so eine bessere Perspektive für das Wahljahr zu eröffnen „Er ist der bessere Kandidat mit den besseren Chancen“, begründet Gabriel den Verzicht auf die eigene Kandidatur. Mit seinem Entschluss zugunsten von Martin Schulz beweist er einmal mehr die enge Verbundenheit zu „seiner“ Partei. Es ist ihm zu wünschen, dass ihm sein Verzicht endlich die Anerkennung zurückbringt, die ihm trotz seiner zahlreichen politischen Erfolge bislang verwehrt blieb. Mit der Entscheidung, Martin Schulz den Vortritt bei der Kanzlerkandidatur zu lassen, hat Sigmar Gabriel uns alle überrascht. Doch wer ihn besser kennt, wird zumindest erahnen können, wie diebisch er sich darüber freut, zu seinem Rückzug von der ganz großen Bühne noch einen solchen Coup vollbracht zu haben. Sigmar Gabriel hat geschafft, was ihm niemand zugetraut hätte – und was Angela Merkel nicht gelungen ist Rechtzeitig aufzuhören. Er hat seine Entscheidung aus einer Position der Stärke heraus getroffen und damit wahrhafte Größe bewiesen. Dafür gebührt ihm unser allergrößter Respekt. Danke für alles, Sigmar!

Frank-Walter Steinmeiers Abschied als Außenminister

Am 12. Februar tritt die Bundesversammlung zusammen, um Frank-Walter Steinmeier zum 12. Bundespräsidenten zu wählen. In seiner Funktion als Außenminister hielt Steinmeier vor dem Deutschen Bundestag diese Woche seine letzte Rede. „Nun gibt es hartnäckige Gerüchte, dass dies meine letzte Rede im Deutschen Bundestag sein könnte, und

Mehr Hilfe für Alleinerziehende – Bund und Länder einigen sich bei Unterhaltsvorschuss

Den Unterhaltsvorschuss erhalten Alleinerziehende, deren Ex-Partner seinen finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommt – bislang allerdings maximal sechs Jahre lang und nur, bis das Kind zwölf Jahre alt wird. Nun haben sich Bund und Länder auf eine Reform geeinigt. Die Begrenzung der Bezugsdauer wird aufgehoben und die Altersgrenze auf 18 Jahre angehoben. Etwa 90 Prozent der in Deutschland rund 1,9 Millionen alleinerziehenden Eltern sind Frauen. Deren ohnehin nicht einfachen Lebensumstände werden oftmals zusätzlich erschwert. Rund die Hälfte dieser alleinerziehenden Mütter erhalten vom Vater gar keinen Unterhalt, ein weiteres Viertel nicht den Betrag, der ihnen eigentlich zustünde. Aus diesem Grund liegt das Armutsrisiko alleinerziehender Mütter und das ihrer Kinder weit über dem von 'Paarfamilien' – obwohl die meisten gut ausgebildet und viele auch erwerbstätig sind.

Deshalb können Alleinerziehende, die keinen oder nicht regelmäßig Unterhalt erhalten, den sogenannten Unterhaltsvorschuss beantragen. Hier tritt der Staat in Vorleistung und zahlt den Mindestunterhalt für das Kind. Zugleich übernimmt der Staat die Aufgabe, den Unterhalt beim unterhaltspflichtigen Elternteil einzutreiben. Bislang wird der Unterhaltsvorschuss jedoch nur bis zum 12. Lebensjahr des Kindes gezahlt und ist zudem zeitlich auf eine Bezugsdauer von maximal 72 Monaten befristet. Um die staatliche Unterstützung von Alleinerziehenden zielgenau und entlang der Lebenswirklichkeiten zu verbessern, wird der Unterhaltsvorschuss zum 1. Juli dieses Jahres deshalb deutlich ausgeweitet und, wie im Kabinettsbeschluss vorgesehen, von derzeit zwölf auf 18 Jahre angehoben. Zudem soll die Begrenzung der Höchstbezugsdauer auf sechs Jahre komplett entfallen.

Um den bürokratischen Mehraufwand für die Kommunen zu begrenzen, sieht der Kompromiss zwischen Bund und Ländern Ausnahmeregelungen für Alleinerziehende im SGB II-Bezug vor. Gleichzeitig wird der Bund seinen Anteil an den Kosten von einem Drittel auf 40 Prozent erhöhen. Das Inkrafttreten des Gesetzes zum 1. Juli gibt Ländern und Kommunen ausreichend Zeit, die Änderungen umzusetzen. Alleinerziehende Eltern müssen sich darauf verlassen können, zuverlässig Unterhalt für ihr Kind zu beziehen – und zwar bis zur Volljährigkeit. Mit der Ausweitung des Unterhaltsvorschusses ist der SPD ein weiterer entscheidender Erfolg zur Entlastung von Alleinerziehenden und Familien mit kleinen Einkommen gelungen.

Wechsel auf der Regierungsbank

Der bisherige Bundesminister für Wirtschaft und Energie Sigmar Gabriel (SPD) ist neuer Außenminister. Brigitte Zypries (SPD,) bis jetzt Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, übernahm das Amt der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie. Ihr Nachfolger als Parlamentarischer Staatssekretär ist der SPD-Bundestagsabgeordnete und Wirtschaftsexperte Dirk Wiese. Anlass für die Kabinettsumbildung ist das Ausscheiden von Bundespräsident Joachim Gauck am 20. März 2017. Er hatte eine zweite Amtszeit für sich ausgeschlossen.

ich fürchte, es sind keine Fake News", bemerkte Steinmeier, nicht ohne zu Schmunzeln. Mit Herz und mit Verstand, vor allem aber mit herausragendem persönlichen Einsatz hat sich Frank-Walter Steinmeier stets darum bemüht, politische Lösungen für die Konflikte dieser Welt zu suchen – und nicht den vermeintlich einfachen Antworten zu erliegen. Wir sagen Danke für sein unermüdliches Engagement für den Frieden auf dieser Welt und freuen uns auf seine neuen Aufgaben!

Gelockerter Lärmschutz hilft Sportvereinen

Sportangebote vor allem für Kinder und Jugendliche haben in Städten und Gemeinden eine wichtige soziale, integrative und gesundheitliche Funktion und dürfen nicht an den Stadtrand gedrängt werden. Deshalb hat der Bundestag die Zweite Verordnung zur Änderung der Sportanlagenlärmschutzverordnung (Drs. 18/10483, 18/11006) am Donnerstag beschlossen.

Die geänderte Lärmschutzverordnung erleichtert nun Sport in Wohngebieten. Dazu werden die Immissionsschutzwerte (Lärmschutzwerte) in den abendlichen Ruhezeiten von 20:00 bis 22 Uhr und am Nachmittag von Sonn- und Feiertagen zwischen 13:00 und 15:00 um fünf Dezibel erhöht. Das entspricht den Werten, die ansonsten tagsüber gelten. Außerdem kann der Mindestabstand von einem neuen Spielfeld zur Wohnbebauung geringer als die bislang gültigen 150 Meter ausfallen.

Kommunen und Sportverbände begrüßen die Änderung der Sportanlagenverordnung

Als Kandidaten für die Nachfolge hat die Koalition Frank-Walter Steinmeier nominiert. Die Wahl eines Bundespräsidenten findet am 12. Februar statt. Am 27. Januar erhielt Außenminister Steinmeier (SPD) von Bundespräsident Gauck seine Entlassungsurkunde, so auch Wirtschaftsminister Gabriel, der danach seine Ernennungsurkunde zum Außenminister entgegennahm. Brigitte Zypries wurde zunächst vor dem Deutschen Bundestag als Wirtschaftsministerin vereidigt, und im Anschluss bekam auch sie ihre Ernennungsurkunde im Schloss Bellevue.

Kurz vorgestellt:

Für den Niedersachsen und Lehrer Sigmar Gabriel ist es nach dem Amt des Bundeswirtschaftsministers in dieser Wahlperiode und dem des Bundesumweltministers in der letzten Großen Koalition von 2005 bis 2009 das dritte Amt als Bundesminister. Zusätzlich bleibt er Vizekanzler.

Die 63-jährige Juristin Brigitte Zypries bringt jede Menge Erfahrungen mit in ihr neues Amt. Sie war als Parlamentarische Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium zuständig für Informationstechnologie, Außenwirtschaft und Koordinatorin der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt. Zypries kennt das Amt einer Bundesministerin bereits: Sie war von 2002 bis 2009 Bundesministerin der Justiz.

Auch der 33-jährige Sauerländer Dirk Wiese ist Jurist. Seit 2013 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit 2015 war Wiese Mitglied im Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Energie. Einen Namen als Wirtschaftspolitiker machte er sich als stellvertretender Leiter des Projekts der SPD-Fraktion #NeueErfolge – Vorsprung durch Innovation.

Den Einsatz von Bodycams verbessern

Mit einem neuen Gesetzentwurf, den der Bundestag am Freitag in 1. Lesung beraten hat, soll die Bundespolizei neue Befugnisse zum Einsatz von so genannten Bodycams und automatischen Kennzeichenlesesystemen erhalten. Deren Einsatz kann die Fahndungsintensität vor allem bei grenzüberschreitender Kriminalität erhöhen.

Bodycams bedeuten mobile, körpernah getragene Videotechnik. Sie sollen insbesondere eine bessere Verfolgung von Straftaten ermöglichen und Gewaltdelikte gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte verhindern. Denn Angriffe auf Polizisten werden immer häufiger, ein Beispiel dafür ist die Brennpunktbildung bei bahnpolizeilichen Einsätzen.

Explosivstoffe für zivile Zwecke besser kontrollieren

Beschlossen hat das Parlament am Donnerstag ein Gesetz, mit dem EU-rechtliche Vorgaben umgesetzt werden, um das Inverkehrbringen und die Kontrolle von Explosivstoffen, also Sprengstoff, für zivile Zwecke zu harmonisieren (Drs. 18/10455, 18/10821, 18/10924 Nr. 1.18).

Hierbei ist auch ein System zur Rückverfolgbarkeit von pyrotechnischen (Verbrennung) Gegenständen umzusetzen, mit der eine Registrierungsnummer für sie eingeführt wird.